



Niederschrift über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses (HFA/XV/033/2011)

Sitzungstermin: Donnerstag, den 06.10.2011
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 17:13 Uhr
Ort, Raum: Rathaus-Neubau, Zimmer 413

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hauke Sattler

stellv. Vorsitzende/r

Herr Paul Foest

Ausschussmitglieder

Frau Margrit Bächle-Fiks

Herr Dr. Kai Dröge

Herr Walter Düngemann

Herr Olav Fricke

Herr Heinz Dieter Schmidt

Herr Remmer Schröder

stellv. Mitglieder

Herr Gerald Nicolai

für Herrn Wilhelm Mohr

Herr Ronald Szyszka

für Herrn Michael Runden

Verwaltung

Herr Heinz Hauschild

Erster Stadtrat

Herr Arnold Hinrichs

Herr Hans-Hartmut Lüken

Herr Hartmut Schubert

Herr Holger Schüür

Frau Ines Tergast

Protokollführung

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Frau Sandra Bockhöfer

Herr Wilhelm Mohr

Herr Michael Runden

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26-05-2011 (XV/32)
- 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2009 gem. § 101 NGO
 - a) Beschluss über die Jahresrechnung
 - b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters
(sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 21. Sept. 2011)
- 4 Bericht über Haushaltsergebnisse 2010
Vorlage: 1.201/XV/1360/2011
- 5 Finanzbericht zum Haushalt 2011
Vorlage: 1.20/XV/1365/2011
- 6 Sachstandsbericht Doppik
Vorlage: 1.205/XV/1368/2011
- 7 Informationen
- 8 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende eröffnete um 16:00 Uhr die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er informierte den Ausschuss darüber, dass Frau Bockhöfer sich für heute entschuldigt habe.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 26-05-2011 (XV/32)

Beschluss: (9 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

Die Niederschrift wird genehmigt.

TOP 3 Entscheidung über die Jahresrechnung 2009 gem. § 101 NGO a) Beschluss über die Jahresrechnung b) Entscheidung über die Entlastung des Bürgermeisters (sh. Schreiben an alle Ratsmitglieder vom 21. Sept. 2011)

Herr Hauschild bedankte sich einleitend bei dem Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung der Jahresrechnung und für die Erstellung des Schlussberichts 2009. Er wies darauf hin, dass es noch eine Ergänzung gäbe zu Textziffer Nr. 10 auf Seite 54, die als Protokollantwort nachgereicht wird.

Protokollantwort:

Folgende Ergänzung wird nachgereicht: „Siehe Stellungnahme zu 4./5. und 6.“

Anfragen und Anmerkungen von Herrn Düngemann:

Seite TZ/B	Anfragen/Hinweise:	Protokollantwort:
S. 7	Herr Düngemann bat um Stellungnahme zur Möglichkeit einer verstärkten interkommunalen Kooperation.	<i>Herr Hauschild erläuterte, dass die interkommunale Zusammenarbeit den Vergleich mit anderen Kommunen vereinfachen könnte, jedoch seien solche Vergleiche nicht ganz einfach. Man werde an diesem Punkt noch weiter arbeiten.</i>
S. 18	Außerdem regte Herr Düngemann die Kostendeckung der Wochen- und Krammärkte an. Er machte deutlich, dass zumindest der Gallimarkt kostendeckend sein sollte.	<i>Herr Hauschild teilte die Meinung und wies auf die Gebührenerhöhung in diesem Jahr hin, die aus Gründen der Kostendeckung vorgenommen und ohne Gegenwehr von den Schaustellern angenommen wurde.</i>

S. 20 B 3	Anschließend sprach Herr Düngemann den Zuschussbedarf 2009 im freiwilligen Leistungsbereich an, hier insbesondere bezogen auf die Kindertagestätten.	<i>Herr Hauschild wies auf die Stellungnahme zum NKPA-Bericht hin.</i>
S. 24	Der Kostendeckungsgrad der Elternbeiträge sollte nach Ansicht von Herrn Düngemann genauer betrachtet werden.	<u>Protokollantwort:</u> <i>Verwiesen wird auf den Grundsatzbeschluss des Rates</i>
S. 25,36 B 4 B 9	Für Herrn Düngemann sei nicht nachvollziehbar, warum Schwierigkeiten beim bestehenden Abrechnungsverfahren mit der Stadtwerke Leer, AöR sowie bei den einzuhaltenden Abrechnungszeiträumen vorhanden seien. Es könne nicht sein, dass die Stadtwerke um ihr Geld betteln müsse. Außerdem bat er um eine Verbesserung des gesamten Abrechnungsverfahrens.	<i>Herr Hauschild erläuterte, dass sich die Stadt regelmäßig mit dem Vorstand der Stadtwerke Leer, AöR zusammensetze, um dieses Thema zu besprechen. Man sei auf einem guten Weg, dies zu verbessern.</i>
S. 53 TZ 4	Aus Sicht von Herrn Düngemann könne es nicht sein, dass die Mängelbeseitigung im Ledatreff noch nicht abgeschlossen seien.	<i>Herr Hauschild informierte, dass das Beweisungsverfahren hinsichtlich der Schäden mittlerweile zugunsten der Stadt Leer abgeschlossen sei und derzeit die Schadensbeseitigung laufe.</i>
S. 53 TZ 4	Außerdem bemängelte er die zu viel ausgegebenen Gelder für die Wasserachse.	<i>Herr Hauschild wies auf den noch laufenden Rechtsstreit hin.</i>
S. 53, 54 TZ 4	Herr Düngemann bat um Stellungnahme bezüglich der Sanierung der Seeschleuse.	<i>Herr Hauschild machte deutlich, dass der Aufwand für die Sanierung der Seeschleuse sehr groß sei. Bei Untersuchungen wurde festgestellt, dass die Mängel unbedingt beseitigt werden müssen. Herr Lüken ergänzte, dass das Problem dabei jedoch sei, dass die Seeschleuse trockengelegt werden müsse, um alle Mängel ordnungsgemäß zu beseitigen.</i>
S. 54 TZ 4	Zudem bat Herr Düngemann um Beschleunigung der Erschließungsbeitragsabrechnungen.	<i>Herr Hauschild wies darauf hin, dass auf diesen Hinweis bereits reagiert und eine weitere Arbeitskraft für eine Bearbeitung eingesetzt wurde.</i>

Anschließend bat Herr Schmidt um Stellungnahme bezüglich des Zuschussbedarfs von 186.000 € für den Moormerlandtreff (Seite 20 des Prüfungsberichtes).

Protokollantwort:

Einnahmen:

<i>Aus Veranstaltungen</i>	<i>4.398 €</i>	
<i>Sonstige Einnahmen</i>	<i>5.737 €</i>	
		<i><u>10.135 €</u></i>

Ausgaben:

<i>Personalausgaben</i>	<i>168.813 €</i>
<i>Veranstaltungen</i>	<i>7.151 €</i>
<i>Unterhaltung, Bewirt- schaftungskosten, Ver-</i>	<i>21.090 €</i>

brauchsmittel etc. 197.054 €

Zuschussbedarf 186.919 €

Aus Sicht von Frau Bächle-Fiks sollten die Haushaltsreste aus den Jahren 2008 und 2009 gestrichen werden, da zu viele Restbestände vorhanden wären.

Herr Hauschild legte dar, dass Haushaltsreste nur dann übertragen werden, wenn sie für geplante Maßnahmen noch benötigt werden. Wenn diese Reste nicht übertragen werden, können die geplanten Maßnahmen nicht mehr umgesetzt werden, weil das Geld fehle. Eine Neuveranschlagung gehe mit einer Neufinanzierung einher; in der Regel mit Krediten, die neu veranschlagt werden müssten, um dann im Rahmen der Haushaltsgenehmigung wieder vom Kreis genehmigt zu werden.

Im Anschluss daran bat Herr Foest, dass die Stellungnahme zum Prüfungsbericht des Rechnungsprüfungsamtes künftig nicht so knapp gehalten werde. Zudem sei er der Meinung, es müsse deutlicher erkennbar sein, was geändert wurde.

Anschließend merkte Herr Foest an, dass eine Verbesserung des allgemeinen Abrechnungsverfahrens der Erschließungsbeitragsveranlagungen notwendig sei.

Zudem erklärte er, dass Maßnahmen, für die Haushaltsreste übertragen wurden, auch umgesetzt werden sollten, da das Geld zur Verfügung stehen würde.

Herr Hauschild erklärte, dass das Konjunkturpaket II ein gutes Beispiel für nicht vermeidbare Haushaltsreste sei. Wenn den Anträgen auf Übertragung von Haushaltsresten nicht entsprochen werden würde, führe dies nur dazu, dass weniger Haushaltsreste und somit auch weniger Maßnahmen durchgeführt werden würden, was wegen der politischen Beschlüsse nicht möglich sei.

Aus Sicht von Herrn Foest hätte man viel Geld sparen können, wenn das Konjunkturpaket II nicht gewesen wäre. Im Endeffekt sind die Maßnahmen teurer geworden, als wenn sie später durchgeführt worden wären. Es sei nicht gut überlegt worden.

Frau Bächle-Fiks könne die Ansicht von Herrn Foest nicht teilen. Für sie sei das Konjunkturpaket II nicht sinnlos, weil dadurch die Maßnahmen schneller durchgeführt wurden.

Anschließend bat sie, die Haushaltsreste für die Maßnahmen aus 2007 und 2008 nicht weiter zu übertragen.

Hinsichtlich der Kindertagestätten verwies sie darauf, dass die Politik sich ja bereits darauf verständigt habe, dass die Kindertagestättengebühren stabil bleiben sollten und auch keine Abgabe an den Landkreis erfolgen solle.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat der Vorsitzende um Abstimmung.

Beschluss: (Einstimmig)

Dem Rat wird empfohlen, gemäß § 101 Abs. 1 NGO

a) die Jahresrechnung 2009 zu beschließen

... und ...

b) dem Bürgermeister die Entlastung zu erteilen.

TOP 4 Bericht über Haushaltsergebnisse 2010
Vorlage: 1.201/XV/1360/2011

Herr Foest merkte an, dass zum Jahresende große Abweichungen vorhanden seien. Für ihn stelle sich die Frage, ob dieses Ausmaß vorher bedacht wurde. Anschließend wies er auf die positiven Verbesserungen durch die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer, der Sonderzahlungen in Höhe von ca. 1,6 Mio. und der Bußgelder hin.

Herr Hinrichs legte dar, dass durch die hohen Nachzahlungen bei der Gewerbesteuer auch höhere Zinsen anfallen würden.

Als nächstes bat Herr Foest um Erklärung der weiteren Verwaltungs- und Betriebsausgaben. Er könne sich nicht vorstellen was darunter zu verstehen sei und bat um Protokollantwort.

Protokollantwort:

Hier handelt es sich um Ausgabepositionen der Gruppierungen 57 und 638 bis 661, zu denen u.a. folgende Bereiche gehören:

- *Sammelnachweis 5 (Geschäftsbedarf)*
- *Bücher und sonst. Medien*
- *Planungskosten/Bebauungspläne*
- *Internetportal/EDV-Material*
- *Fremdleistungen (NKR/eGovernment/EU-DLR)*
- *Organisationsuntersuchungen*
- *Gerichts-, Sachverständigen- und Gutachterkosten*
- *Mitgliedsbeiträge*

Hauptursächlich für die Minderausgaben in diesem Gruppierungsbereich von rd. 1,1 Mio. € war die restriktive Handhabung bei den Haushaltsausgaberesten; daneben wirkte sich auch die haushaltswirtschaftliche Sperre aus.

Die wesentlichsten Einsparpotentiale lagen in den Bereichen:

- *Sicherheit- und Ordnungsmaßnahmen*
- *Ausstellungs- und Messewesen/Fremdenverkehr/Tourismus*
- *Fremdleistungen NKR*
- *Gerichts-, Sachverständigen- und Gutachterkosten*
- *Bebauungspläne*
- *Internetportal*

Beschluss:

TOP 5 Finanzbericht zum Haushalt 2011 Vorlage: 1.20/XV/1365/2011

Herr Sattler verwies einleitend auf die Haushaltsverschlechterung von ca. 6,5 Mio. € bei der Gewerbesteuer.

Herr Hauschild erläuterte, dass der Einbruch hauptsächlich durch die Rückzahlungen entstanden sei. Diese seien deutlich höher als es prognostiziert war. Der Trend in Leer sei außerdem gegenläufig zur Trendentwicklung lt. der Prognose des Landes. Des Weiteren erklärte er, dass die geringeren Einnahmen der Gewerbesteuer zu einer niedrigeren Kreisumlage in den Jahren 2012 und 2013 führen werde und sich damit das Saldo verringern würde.

Anschließend wies Herr Hauschild darauf hin, dass aufgrund der sich abzeichnenden negativen Einnahmeentwicklung und der auch in 2012 zu erwartenden Mindereinnahmen verfügt worden sei, dass Ausgaben ab einem Betrag von 400 € nur mit einer Zustimmung veranlasst werden dürften. Die Zustimmung erfolge durch den FD 1.20. Die hauswirtschaftliche Sperre von 20 % werde davon jedoch nicht berührt.

Herr Düngemann merkte an, dass die Verfügung zu einer Verzögerung der Durchführung von Maßnahmen führe. Außerdem sei es eine Bestrafung für alle und nicht nur für die, die dafür verantwortlich seien.

Anschließend bat Herr Szyszka um Stellungnahme bezüglich der Ursache des Gewerbesteuereintrages und ob es vorher nicht absehbar gewesen sei.

Herr Hauschild informierte, dass der Einbruch nicht vorhersehbar gewesen sei, da die Gewerbesteuererstattung mehrere Jahre betreffen würde. Die Betriebsergebnisse seien für rückwirkende Erstattungen verantwortlich. Das könne nicht geplant werden.

Herr Hauschild sagte eine nähere Erläuterung im nichtöffentlichen Teil zu.

Herr Foest bat um Erläuterung zur Steigerung der Konzessionsabgaben.

Herr Hinrichs informierte, dass dies aufgrund von Sonderzahlungen und aus erhöhten Energieverbräuchen entstanden sei.

Beschluss:

TOP 6 Sachstandsbericht Doppik Vorlage: 1.205/XV/1368/2011

Herr Foest erklärte, dass Straßen für ihn keinen Wert darstellen würden, da sie nicht verkauft werden könnten und immer an ihrem Ort bleiben würden. Außerdem bat er um Erläuterung zur Ermittlung des Wertes.

In der Tat, so Herr Schubert, würden viele Straßen bewertungsrechtlich keinen Vermögenswert mehr darstellen. Dies liege daran, dass sie bereits abgeschrieben seien. In der Regel liege die Abschreibungszeit gemäß Anlage 19 zur GemHKVO bei 25 Jahren. Unabhängig davon sei die Stadt jedoch verpflichtet, alle nicht abgeschriebenen Vermögensgegenstände – und dazu zählen auch die Straßen – zu bewerten und in die Bilanz aufzunehmen. Dies gelte auch für andere Vermögensgegenstände, die grundsätzlich nie verkauft werden würden wie Brücken, Straßenlaternen usw.. Als Berechnungsgröße müsse vorrangig entsprechend den Bewertungsvorschriften nach dem Anschaffungs- oder Herstellungswert des Anlagengutes gegangen werden, bevor auf andere Bewertungsmethoden zurückgegriffen werden dürfe. Dazu sei ein Rückgriff auf entsprechendes Aktenmaterial oder z.B. auf Jahresrechnungen nötig.

Herr Schmidt betonte, dass Straßen schon einen Wert hätten, da diese ja verkauft werden könnten.

Herr Sattler wies auf die bereits durchgeführte Schulung zum Thema Doppik für die Politik Mitte 2011 hin und stellte die Frage nach weiterem Schulungsbedarf.

Herr Hauschild nahm die Anregung auf und wies darauf hin, dass dieses Thema im HFA erneut angesprochen werde.

Beschluss:

TOP 7 Informationen

Herr Hauschild informierte über die Arbeit der Arbeitsgruppe „Haushaltssicherung“. Die von den Dienststellen eingereichten Vorschläge zur Haushaltssicherung müssten zunächst ausgewertet und auf Umsetzbarkeit geprüft werden. Zudem erklärte Herr Hauschild, dass es für 2012 eine vollständige Überarbeitung mit Darstellung jeder einzelnen Maßnahme geben werde, um den Informationsgehalt zu steigern.

Beschluss:

TOP 8 Anfragen

Frau Bächle-Fiks merkte an, dass der Tunnel in der Bremer Straße trotz Sanierung nicht mehr begehbar sei. Es sehe dort unmöglich aus.

Herr Hauschild wies darauf hin, dass der Tunnel u.a. aufgrund erheblicher Mängel an der elektrischen Anlage geschlossen werden musste. Nähere Informationen dazu werde man in der Protokollantwort geben.

Protokollantwort:

Der Mangel wurde entdeckt, als der Baubetriebshof vor ca. zwei Wochen zum Tunnel gerufen wurde, weil sich die Tore nicht mehr vollständig öffneten. Bei der weiteren Begutachtung wurden dann noch zusätzliche Sicherheitsmängel festgestellt, die

den Weiterbetrieb des Tunnels nicht mehr zuließen. Die im Tunnel sichtbaren Stahlträger der Tunneldecke sind im Eigentum der DB Netz AG und würden derzeit durch die DB Netz AG auf ihre Tragfähigkeit untersucht. Die Stadtverwaltung sei zur Zeit in der Vorbereitung des Beweissicherungsverfahrens begriffen. Derzeit sei es jedoch nicht abschätzbar, wann der Tunnel wieder geöffnet werden.

Da keine weiteren Anfragen gestellt wurden, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.06 Uhr und eröffnete im Anschluss daran den nichtöffentlichen Teil.

Beschluss:

gez. Hauke Sattler

gez. Wolfgang Kellner

gez. Ines Tergast

Vorsitzende/r

Bürgermeister

Protokollführer/in

F.d.R.:

Protokollführer/in